Ratsfraktion der Stadt Osnabrück

Redebeitrag von Ratsmitglied Dr. E.h. Fritz Brickwedde für die CDU-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 16.1 der Ratssitzung am 04.11.2025

Die frühere Bundesregierung hat seit 2021 – der Machtübernahme durch die Taliban – 34.000 Afghanen in Deutschland aufgenommen.
Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD der neuen Bundesregierung heißt es: „Wir werden freiwillige Bundesaufnahmeprogramme soweit wie möglich beenden (z. B. Afghanistan) und keine neuen Programme auflegen."
Der Koalitionsvertrag bestimmt das Regierungshandeln.
Die SPD in Osnabrück kann das Gegenteil von dem fordern, was die Bundes-SPD in Berlin mit der Bundesregierung realisiert. Glaubwürdig ist das jedoch nicht. Denn es handelt sich bei diesem Thema um reine Bundespolitik. Der Rat der Stadt hat keinerlei Zuständigkeit.
Die Rechtslage und die Fakten sind klar: Nur wenige der derzeit zur Aufnahme diskutierten 2.000 Afghanen sind Ortskräfte. Insofern sind schon Überschrift und Antragsinhalt falsch.
Bei zahlreichen der 2.000 afghanischen Staatsangehörigen sind die Verfahren aus dem ehemaligen Bundesaufnahmeprogramm noch nicht abgeschlossen.
Sollte eine rechtsverbindliche Aufnahmezusage vorliegen, durchläuft die Person das Aufnahmeverfahren und die Sicherheitsüberprüfung. Bei positivem Abschluss muss aus rechtlichen Gründen die Aufnahme erfolgen.
Wenn keine rechtsverbindliche Aufnahmezusage besteht oder die Sicherheitsüberprüfung negativ verläuft, wird eine Aufnahme nicht stattfinden.
Wir halten es im Interesse der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger für geboten, dass jeder Einzelfall geprüft wird und keine pauschale Einreise weiterer 2.000 Afghanen erfolgt.